

Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag den 18.11.2021 um 17:00 Uhr** im Kulturzentrum Hohes Arsenal, Bürgersaal, Arsenalstraße 2-10, 24768 Rendsburg

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die Sitzung vom 28.10.2021
3. Einwohnerfragestunde
4. Haushalt 2022
 - 4.1. Haushalt 2022: Umwelt- und Bauausschuss **VO/2021/123**
 - 4.2. Haushalt 2022: Anträge der Fraktionen
5. Verwendung des Jahresüberschusses 2020 der Förde Sparkasse **VO/2021/090-002**
6. Klimaschutzmanagement
 - 6.1. Klimaschutzmanagement: Anträge Klimaschutzfonds **VO/2021/116**
7. Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages
8. Verwaltungsangelegenheiten
 - 8.1. Sachstand Umsetzung von Projekten zur E-Mobilität
 - 8.2. Sachstand Umsetzung Förderung ehrenamtlicher Initiativen für Partnerschaften zu Schwellenländern
9. Verschiedenes
10. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
11. Bericht über die Umsetzung von öffentlich gefassten Beschlüssen



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr:	VO/2021/123
- öffentlich -	Datum:	01.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen FB 5 Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Umwelt- und Bauausschuss		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- u. Bauausschuss stimmt dem Haushaltsentwurf 2022 zu und empfiehlt dem Kreistag, diesen zu beschließen. Änderungen oder Ergänzungen aufgrund der Beratungs- und Abstimmungsergebnisse der Sitzung werden durch die Verwaltung der Stabsstelle Finanzen zur Berücksichtigung in der Veränderungsliste für den Hauptausschuss zugeleitet.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 ist den Mitgliedern des Ausschusses bereits durch die Verwaltung mit Schreiben vom 26.10.2021 übersandt worden.

Weitergehende Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2022 können in der Sitzung mündlich vorgetragen werden.

Relevanz für den Klimaschutz: entfällt

Finanzielle Auswirkungen: wie im Haushaltsentwurf dargestellt

Anlage/n:

keine



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/161
- öffentlich -	Datum:	10.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD zum Thema Erstellung eines kreisweiten Wärmekatasters		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH mit der Erarbeitung eines kreisweiten Wärmekatasters zu beauftragen, welches systematisch Wärmequellen und Wärmesenken im Kreisgebiet erfasst und diese grafisch darstellt.

Hierfür werden 50.000 € im Haushalt 2022 bereitgestellt.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und SPD zum Thema Erstellung eines kreisweiten Wärmekatasters ist als Anlage beigefügt.

Relevanz für den Klimaschutz: ./.

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

Antrag_UBA_GRÜNE CDU SPD_Wärmekataster



Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Kreishaus
 24768 Rendsburg
 geschaeftsstelle@gruene-fraktion-rd-eck.de



CDU-Kreistagsfraktion
 Paradeplatz 10
 24768 Rendsburg
 info@cdu-rd-eck.de



SPD-Kreistagsfraktion
 Kreishaus
 24768 Rendsburg
 spd-fraktion@gmx.de

An den Vorsitzenden des Umwelt- und Bauausschuss
 des Kreises Rendsburg-Eckernförde
 Reimer Tank

Rendsburg, den 10.11.2021

Sitzung des Umwelt- und Bauausschuss am 18.11.2021
Antrag: Kreisweites Wärmekataster

Sehr geehrter Herr Tank

zu der Haushaltsberatung im Umwelt- und Bauausschuss beantragen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD:

Der Umwelt- und Bauausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH mit der Erarbeitung eines kreisweiten Wärmekatasters zu beauftragen, welches systematisch Wärmequellen und Wärmesenken im Kreisgebiet erfasst und diese grafisch darstellt.

Hierfür werden 50.000 € im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Begründung

Obwohl der Sektor Wärme für über 40% der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist, bleibt eine signifikante Reduzierung dieser Emissionen bisher aus. Um die Klimaschutzziele von EU, Bund und Land SH zu erreichen, müssen hier in den kommenden Jahren erhebliche Energie- und Treibhausgasreduzierungen erzielt werden. Dementsprechend wird das Land Schleswig-Holstein größere Kommunen (voraussichtlich Ober-, Mittel sowie Untere Zentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums) über die Novellierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes SH (EWKG) verpflichten, eine weitgehende Kälte- und Wärmeplanung zu veranlassen. Kommunen, die nicht in diese Kategorie fallen,

werden trotzdem angehalten, sich bereits jetzt mit dem Thema der klimafreundlichen Wärmeversorgung auseinanderzusetzen.

Besonders kleine Gemeinden im ländlichen Raum haben aber häufig weder personelle noch finanzielle Kapazitäten, um sich eingehend mit Klimaschutz im Allgemeinen und mit der Wärmeplanung im Speziellen zu beschäftigen.

Daher sollte auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein kreisweites Wärmekataster nach dem Vorbild des Kreises Plön als Dienstleistung für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden erstellt werden.

Ein Wärmekataster erfasst systematisch alle Wärmequellen und -senken im Kreisgebiet, stellt die Wärmebedarfe im gesamten Kreisgebiet dar und stellt weitergehende Informationen für eine eingehende Wärme- und Kälteplanung zur Verfügung. Dadurch erfasst das Kataster die Ist-Situation und soll unter anderem folgenden Sachverhalte/Örtlichkeiten grafisch darstellen:

- die Wärmebedarfe in den einzelnen Kommunen,
- den Bestand an öffentlichen Gebäuden (Schulen, Bäder, Krankenhäuser, etc.),
- Senioren-, Pflege- und Altersheime,
- Biogasanlagen,
- Windkraftanlagen,
- bestehende Wärmenetze,
- Unternehmen mit hohem Wärmebedarf,
- Unternehmen mit Abwärmepotenzial,

Ein Großteil der notwendigen Datensätze liegt bereits an unterschiedlichen Stellen vor und kann leicht zur Erstellung des Wärmekatasters genutzt werden. Durch die Erfassung und Verarbeitung dieser Daten zu einem Kataster mit grafischer Darstellung, wird den Städten und Gemeinden eine umfassende Grundlage zur weiteren Wärmeplanung bereitgestellt, was eine erhebliche Arbeitsentlastung für die Kommunen bedeutet. Auf dieser Grundlage können die Ämter, Städte und Gemeinden (ggf. mit Unterstützung der Klimaschutzagentur) alle weiteren Schritte zum Aufbau einer klimafreundlichen Wärmeversorgung planen und einleiten.

Ein Wärmekataster stellt somit den ersten notwendigen Schritt für eine zielführende und zukünftig für einige Kommunen verpflichtende Wärme- und Kälteplanung dar.

Um das kreisweite Wärmekataster erstellen zu lassen, stellt der Kreistag 50.000€ im Haushalt 2022 bereit, die weitere Finanzierung soll durch Eigenmittel der Klimaschutzagentur erfolgen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde beauftragt die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH mit der Erstellung des Katasters. Um das Projekt für den Kreis Rendsburg-Eckernförde möglichst kosteneffizient umzusetzen, wird die Klimaschutzagentur darum gebeten zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese entsprechend einzuwerben.

Mit freundlichen Grüßen,

Christine von Milczewski und Lukas Strathmann
Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Iris Ploog
SPD Fraktion



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/171
- öffentlich -	Datum:	17.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Hetzel, Sebastian
FB 5 Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Planungskosten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum", Teilhaushalt 111403, Übertragung der Mittel aus dem HH 2021		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Für Planungskosten für kreiseigene Grundstücke beantragt die SPD-Fraktion, aus dem HH 2021 die Übertragung von 50.000 € für Planungskosten, um kreiseigene Grundstücke zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ist als Anlage beigefügt.

Relevanz für den Klimaschutz: ./.

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

HH-Anträge SPD zum UBA_18.11.21

Sozialdemokratische Partei Deutschland
 Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
 24768 Rendsburg
 Kaiserstraße 8

Hans-Jörg Lüth
 Stellvertr. Vorsitzender

Kreis Rendsburg-Eckernförde
 Der Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschuss
 Herrn Reimer Tank
 24768 Rendsburg
 per E-Mail: reimer.tank@freenet.de
 Nachrichtlich Frau Helga Petz: helga.paetz@kreis-rd.de,



Rendsburg, 16. November 2021

Anträge Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Tank,

für den Haushalt 2022 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgende Anträge.

Antrag „Planungskosten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, Teilhaushalt 111403, Übertragung der Mittel aus dem HH 2021

Für Planungskosten für kreiseigene Grundstücke beantragt die SPD-Fraktion, aus dem HH 2021 die Übertragung von 50.000 € für Planungskosten, um kreiseigene Grundstücke zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit Hilfe des Kreises soll, möglichst in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Der Kreis sollte insbesondere eigene Grundstücke einbringen und dafür neben Belegungsrechten das Eigentum an Wohnungen erwerben, das für besondere Bedarfe (Frauenhaus, Geflüchtete) zur Verfügung stehen kann.

Das kreiseigene Grundstück in Nortorf ist voll nutzbar und ein hervorragendes potentielles Bauland, die Stadt Nortorf müsste noch entsprechendes Baurecht schaffen. In den Haushalt sollen Planungskosten für die Erschließung des Gebietes eingestellt werden.

Das Grundstück Rendsburg (Stauffenbergstraße) ist von der Lage und Größe bestens geeignet für ein Bauprojekt für bezahlbares Wohnen, auch hier könnte eine Bebauung mit bezahlbarem Wohnraum im Rahmen einer Bedarfsanalyse des bereits erfolgten und weiteren Wachstum der Verwaltung geprüft werden.

Der Antrag wurde bereits für den HH 2021 beschlossen, jedoch von der Verwaltung nicht umgesetzt, weshalb eine Übertragung in den HH 2022 erfolgen soll.

Antrag „Klima-Offensive“ - investive Maßnahmen zum Klimaschutz, Teilhaushalt 511102 (Klimaschutz)

Für eine Klimaoffensive des Kreises mit der Realisierung weiterer investiver Maßnahmen insbesondere zum Ausbau regenerativer Energien beantragt die SPD-Fraktion 280.000 € in den Haushalt zu stellen. Hiermit sollen weitere Solaranlagen auf kreiseigenen Flächen errichtet werden. Dabei ist zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese sind dann entsprechend einzuwerben.

Begründung:

SPD Kreistagsfraktion
 Rendsburg-Eckernförde
 Kaiserstraße 8
 24768 Rendsburg

Telefon
 0 43 31) 202360
 Fax:
 (0 43 31) 02530

E-Mail:
spd-fraktion@gmx.de
 Internet: www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion

Bankverbindung:
 Sparkasse Mittelholstein
 IBAN: DE22 214 500
 000 000 031 097

Vorsitzende
 Iris Ploog
 Am Heisch 3
 24594 Hohenwestedt

Telefon mobil
 0151 176 38 383
irisploog@gmail.com



Die Mittel sollen verwendet werden, um

- in eine größere Photovoltaikanlage hinter dem Neubau des Kreishauses im Bereich des Eisspeichers zu investieren. Die Anlage soll aufgeständert werden, sodass darunter eine Blühfläche angelegt werden kann. Neben der Gewinnung regenerativer Energien zur Nutzung als Eigenbedarf für die weitere Versorgung der Kreisverwaltung soll die bereits vom UBA früher beschlossene Anlage von Blühflächen am Kreishaus erfolgen. Damit soll auch gezeigt werden, dass neben der Energiegewinnung durch Solarnutzung auch eine weitere Landnutzung auf derselben Fläche erfolgen kann.
- befestigte kreiseigene Flächen wie Parkplätze und sonstige öffentliche Flächen (z. B. bei Amtsverwaltungen) mit Solarpaneelen zu überdachen. Das neue Energiewendegesetz des Landes schreibt Überdachungen lediglich beim Bau von neuen großen Parkplätzen vor (ab 100 Parkplätze). Mit den Mitteln sollen bereits vorhandene und zudem kleinere Flächen mit deutlich weniger Parkplätzen und befestigte Freiflächen mit einer Solarüberdachung ausgestattet und ggf. mit Ladesäulen ergänzt werden.
- Für das kreiseigene Bürogebäude auf dem Gelände der ehemaligen Standortverwaltung soll ein Prüfauftrag vergeben werden, um zu klären, ob das Dach mit welchen Kosten geeignet ist, eine Solaranlage zu installieren.

Antrag „Pestizide“

Um, wie bereits vom UBA und Kreistag in 2020 beschlossen, über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aufzuklären und Beratung anzubieten, sollen 10.000 € aus dem HH 2021 in den Haushalt 2022 übertragen werden.

Begründung:

Ein entsprechender Beschluss des Kreistages für 2021 wurde nicht umgesetzt und die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 30.000 € nicht verausgabt.

Eine weitere Begründung zu den Anträgen erfolgt jeweils mündlich.

Viele Grüße

Hans-Jörg Lüth
 Stellvertr. SPD-Fraktionsvorsitzender



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/173
- öffentlich -	Datum:	17.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen FB 5 Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Klima- Offensive" - investive Maßnahmen zum Klimaschutz, Teilhaushalt 511102 (Klimaschutz)		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Für eine Klimaoffensive des Kreises mit der Realisierung weiterer investiver Maßnahmen, insbesondere zum Ausbau regenerativer Energien, beantragt die SPD-Fraktion 280.000 € in den Haushalt zu stellen.

Hiermit sollen weitere Solaranlagen auf kreiseigenen Flächen errichtet werden.

Dabei ist zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese sind dann entsprechend einzuwerben.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ist als Anlage beigefügt.

Relevanz für den Klimaschutz: siehe Antrag

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

HH-Anträge SPD zum UBA_18.11.21

Sozialdemokratische Partei Deutschland
 Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
 24768 Rendsburg
 Kaiserstraße 8

Hans-Jörg Lüth
 Stellvertr. Vorsitzender

Kreis Rendsburg-Eckernförde
 Der Vorsitzende des Umwelt-und Bauausschuss
 Herrn Reimer Tank
 24768 Rendsburg
 per E-Mail: reimer.tank@freenet.de
 Nachrichtlich Frau Helga Petz: helga.paetz@kreis-rd.de,



Rendsburg, 16. November 2021

Anträge Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Tank,

für den Haushalt 2022 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgende Anträge.

Antrag „Planungskosten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, Teilhaushalt 111403, Übertragung der Mittel aus dem HH 2021

Für Planungskosten für kreiseigene Grundstücke beantragt die SPD-Fraktion, aus dem HH 2021 die Übertragung von 50.000 € für Planungskosten, um kreiseigene Grundstücke zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit Hilfe des Kreises soll, möglichst in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Der Kreis sollte insbesondere eigene Grundstücke einbringen und dafür neben Belegungsrechten das Eigentum an Wohnungen erwerben, das für besondere Bedarfe (Frauenhaus, Geflüchtete) zur Verfügung stehen kann.

Das kreiseigene Grundstück in Nortorf ist voll nutzbar und ein hervorragendes potentielles Bauland, die Stadt Nortorf müsste noch entsprechendes Baurecht schaffen. In den Haushalt sollen Planungskosten für die Erschließung des Gebietes eingestellt werden.

Das Grundstück Rendsburg (Stauffenbergstraße) ist von der Lage und Größe bestens geeignet für ein Bauprojekt für bezahlbares Wohnen, auch hier könnte eine Bebauung mit bezahlbarem Wohnraum im Rahmen einer Bedarfsanalyse des bereits erfolgten und weiteren Wachstum der Verwaltung geprüft werden.

Der Antrag wurde bereits für den HH 2021 beschlossen, jedoch von der Verwaltung nicht umgesetzt, weshalb eine Übertragung in den HH 2022 erfolgen soll.

Antrag „Klima-Offensive“ - investive Maßnahmen zum Klimaschutz, Teilhaushalt 511102 (Klimaschutz)

Für eine Klimaoffensive des Kreises mit der Realisierung weiterer investiver Maßnahmen insbesondere zum Ausbau regenerativer Energien beantragt die SPD-Fraktion 280.000 € in den Haushalt zu stellen. Hiermit sollen weitere Solaranlagen auf kreiseigenen Flächen errichtet werden Dabei ist zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese sind dann entsprechend einzuwerben.

Begründung:

SPD Kreistagsfraktion
 Rendsburg-Eckernförde
 Kaiserstraße 8
 24768 Rendsburg

Telefon
 0 43 31) 202360
 Fax:
 (0 43 31) 02530

E-Mail:
spd-fraktion@gmx.de
 Internet: www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion

Bankverbindung:
 Sparkasse Mittelholstein
 IBAN: DE22 214 500
 000 000 031 097

Vorsitzende
 Iris Ploog
 Am Heisch 3
 24594 Hohenwestedt

Telefon mobil
 0151 176 38 383
irisploog@gmail.com



Die Mittel sollen verwendet werden, um

- in eine größere Photovoltaikanlage hinter dem Neubau des Kreishauses im Bereich des Eisspeichers zu investieren. Die Anlage soll aufgeständert werden, sodass darunter eine Blühfläche angelegt werden kann. Neben der Gewinnung regenerativer Energien zur Nutzung als Eigenbedarf für die weitere Versorgung der Kreisverwaltung soll die bereits vom UBA früher beschlossene Anlage von Blühflächen am Kreishaus erfolgen. Damit soll auch gezeigt werden, dass neben der Energiegewinnung durch Solarnutzung auch eine weitere Landnutzung auf derselben Fläche erfolgen kann.
- befestigte kreiseigene Flächen wie Parkplätze und sonstige öffentliche Flächen (z. B. bei Amtsverwaltungen) mit Solarpaneelen zu überdachen. Das neue Energiewendegesetz des Landes schreibt Überdachungen lediglich beim Bau von neuen großen Parkplätzen vor (ab 100 Parkplätze). Mit den Mitteln sollen bereits vorhandene und zudem kleinere Flächen mit deutlich weniger Parkplätzen und befestigte Freiflächen mit einer Solarüberdachung ausgestattet und ggf. mit Ladesäulen ergänzt werden.
- Für das kreiseigene Bürogebäude auf dem Gelände der ehemaligen Standortverwaltung soll ein Prüfauftrag vergeben werden, um zu klären, ob das Dach mit welchen Kosten geeignet ist, eine Solaranlage zu installieren.

Antrag „Pestizide“

Um, wie bereits vom UBA und Kreistag in 2020 beschlossen, über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aufzuklären und Beratung anzubieten, sollen 10.000 € aus dem HH 2021 in den Haushalt 2022 übertragen werden.

Begründung:

Ein entsprechender Beschluss des Kreistages für 2021 wurde nicht umgesetzt und die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 30.000 € nicht verausgabt.

Eine weitere Begründung zu den Anträgen erfolgt jeweils mündlich.

Viele Grüße

Hans-Jörg Lüth
 Stellvertr. SPD-Fraktionsvorsitzender



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2018/770-001
- öffentlich -	Datum:	17.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Pestizide" - Aufklärung u. Beratung über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Um, wie bereits vom UBA und Kreistag in 2020 beschlossen, über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aufzuklären und Beratung anzubieten, sollen 10.000 € aus dem HH 2021 in den Haushalt 2022 übertragen werden.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Ein entsprechender Beschluss des Kreistages für 2021 wurde nicht umgesetzt und die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 30.000 € nicht verausgabt. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ist als Anlage beigefügt.

Relevanz für den Klimaschutz: ./.

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

HH-Anträge SPD zum UBA_18.11.21

Sozialdemokratische Partei Deutschland
 Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
 24768 Rendsburg
 Kaiserstraße 8

Hans-Jörg Lüth
 Stellvertr. Vorsitzender

Kreis Rendsburg-Eckernförde
 Der Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschuss
 Herrn Reimer Tank
 24768 Rendsburg
 per E-Mail: reimer.tank@freenet.de
 Nachrichtlich Frau Helga Petz: helga.paetz@kreis-rd.de,



Rendsburg, 16. November 2021

Anträge Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Tank,

für den Haushalt 2022 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgende Anträge.

Antrag „Planungskosten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, Teilhaushalt 111403, Übertragung der Mittel aus dem HH 2021

Für Planungskosten für kreiseigene Grundstücke beantragt die SPD-Fraktion, aus dem HH 2021 die Übertragung von 50.000 € für Planungskosten, um kreiseigene Grundstücke zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit Hilfe des Kreises soll, möglichst in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Der Kreis sollte insbesondere eigene Grundstücke einbringen und dafür neben Belegungsrechten das Eigentum an Wohnungen erwerben, das für besondere Bedarfe (Frauenhaus, Geflüchtete) zur Verfügung stehen kann.

Das kreiseigene Grundstück in Nortorf ist voll nutzbar und ein hervorragendes potentielles Bauland, die Stadt Nortorf müsste noch entsprechendes Baurecht schaffen. In den Haushalt sollen Planungskosten für die Erschließung des Gebietes eingestellt werden.

Das Grundstück Rendsburg (Stauffenbergstraße) ist von der Lage und Größe bestens geeignet für ein Bauprojekt für bezahlbares Wohnen, auch hier könnte eine Bebauung mit bezahlbarem Wohnraum im Rahmen einer Bedarfsanalyse des bereits erfolgten und weiteren Wachstum der Verwaltung geprüft werden.

Der Antrag wurde bereits für den HH 2021 beschlossen, jedoch von der Verwaltung nicht umgesetzt, weshalb eine Übertragung in den HH 2022 erfolgen soll.

Antrag „Klima-Offensive“ - investive Maßnahmen zum Klimaschutz, Teilhaushalt 511102 (Klimaschutz)

Für eine Klimaoffensive des Kreises mit der Realisierung weiterer investiver Maßnahmen insbesondere zum Ausbau regenerativer Energien beantragt die SPD-Fraktion 280.000 € in den Haushalt zu stellen. Hiermit sollen weitere Solaranlagen auf kreiseigenen Flächen errichtet werden. Dabei ist zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese sind dann entsprechend einzuwerben.

Begründung:

SPD Kreistagsfraktion
 Rendsburg-Eckernförde
 Kaiserstraße 8
 24768 Rendsburg

Telefon
 0 43 31) 202360
 Fax:
 (0 43 31) 02530

E-Mail:
spd-fraktion@gmx.de
 Internet: www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion

Bankverbindung:
 Sparkasse Mittelholstein
 IBAN: DE22 214 500
 000 000 031 097

Vorsitzende
 Iris Ploog
 Am Heisch 3
 24594 Hohenwestedt

Telefon mobil
 0151 176 38 383
irisploog@gmail.com



Die Mittel sollen verwendet werden, um

- in eine größere Photovoltaikanlage hinter dem Neubau des Kreishauses im Bereich des Eisspeichers zu investieren. Die Anlage soll aufgeständert werden, sodass darunter eine Blühfläche angelegt werden kann. Neben der Gewinnung regenerativer Energien zur Nutzung als Eigenbedarf für die weitere Versorgung der Kreisverwaltung soll die bereits vom UBA früher beschlossene Anlage von Blühflächen am Kreishaus erfolgen. Damit soll auch gezeigt werden, dass neben der Energiegewinnung durch Solarnutzung auch eine weitere Landnutzung auf derselben Fläche erfolgen kann.
- befestigte kreiseigene Flächen wie Parkplätze und sonstige öffentliche Flächen (z. B. bei Amtsverwaltungen) mit Solarpaneelen zu überdachen. Das neue Energiewendegesetz des Landes schreibt Überdachungen lediglich beim Bau von neuen großen Parkplätzen vor (ab 100 Parkplätze). Mit den Mitteln sollen bereits vorhandene und zudem kleinere Flächen mit deutlich weniger Parkplätzen und befestigte Freiflächen mit einer Solarüberdachung ausgestattet und ggf. mit Ladesäulen ergänzt werden.
- Für das kreiseigene Bürogebäude auf dem Gelände der ehemaligen Standortverwaltung soll ein Prüfauftrag vergeben werden, um zu klären, ob das Dach mit welchen Kosten geeignet ist, eine Solaranlage zu installieren.

Antrag „Pestizide“

Um, wie bereits vom UBA und Kreistag in 2020 beschlossen, über Alternativen zum Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aufzuklären und Beratung anzubieten, sollen 10.000 € aus dem HH 2021 in den Haushalt 2022 übertragen werden.

Begründung:

Ein entsprechender Beschluss des Kreistages für 2021 wurde nicht umgesetzt und die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 30.000 € nicht verausgabt.

Eine weitere Begründung zu den Anträgen erfolgt jeweils mündlich.

Viele Grüße

Hans-Jörg Lüth
 Stellvertr. SPD-Fraktionsvorsitzender



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/174
- öffentlich -	Datum:	17.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen FD 2.4 Veterinär- und Lebensmittelaufsicht	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Antrag der Fraktionen SPD, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zum Thema "Tierschutz", Teilhaushalt 122102 (Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Tierschutzes)		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Antrag „Tierschutz“, Teilhaushalt 122102 (Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Tierschutzes), den Titel um 20.000 € zur Unterstützung von Tierheimen und freiwilligen Helfern, die mit dem Kreis kooperieren, zu erhöhen. Gefördert werden u. a. die Verbesserung der Haltungsbedingungen der Tiere in Tierheimen, Angebote zur Beratung von Haustierhaltung und Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 17.11.2021.

Relevanz für den Klimaschutz: ./.

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

HH-Antrag_UBA_18.11.21_Tierschutz

Sozialdemokratische Partei Deutschland
 Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
 24768 Rendsburg
 Kaiserstraße 8



Kreis Rendsburg-Eckernförde
 Der Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschuss
 Reimer Tank, per E-Mail
 Nachrichtlich helga.paetz@kreis-rd.de

Rendsburg, 17. November 2021

Anträge Haushalt 2022

Sehr geehrte Herr Tank,

für den Haushalt 2022 stellen die SPD-, die GRÜNE-, die FDP- und die SSW-Kreistagsfraktion folgenden Antrag.

Antrag 1 „Tierschutz“, Teilhaushalt 122102 (Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Tierschutzes)

Erhöhung des Titels um 20.000 € zur Unterstützung von Tierheimen und freiwilligen Helfern, die mit dem Kreis kooperieren. Gefördert werden u. a. die Verbesserung der Haltungsbedingungen der Tiere in Tierheimen, Angebote zur Beratung von Haustierhaltung und Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls.

Begründung:

Die Gemeinden sind für die Unterbringung und Pflege nicht nur von Fundtieren sondern auch von sichergestellten Tieren aus Tierschutzfällen zuständig. Leider muss das Amt für Veterinär- und Lebensmittelaufsicht regelmäßig Tiere sicherstellen. Ohne die Unterstützung ehrenamtlicher Helfer von den Tierschutzvereinen, welche Tiere zusammen mit dem Amt einfangen, die Tiere transportieren, in Tierarztpraxen vorstellen und die Tiere pflegen und unterbringen, kann diese Arbeit nicht geleistet werden. Zu erwähnen ist auch, dass die Fortnahme-Aktionen bei privaten Tierhaltern in vielen Fällen sofort oder sehr kurzfristig durchgeführt werden müssen. Die freiwilligen Helfer stehen hier in der Regel sofort zur Verfügung, so dass die Kreisveterinäraufsicht sich auch stets auf die Helfer verlassen kann. Die in 2021 eingestellten Mittel wurden voll ausgeschöpft. Der Bedarf ist nicht nur weiterhin da, sondern er hat zugenommen. Die Corona-Pandemie hat die Situation noch verschärft. Es werden nicht nur sehr viele Tiere wieder in den Tierheimen abgegeben, sondern viele Tiere auch ausgesetzt oder in Kellern, Gartenschuppen oder sich selbst überlassen, weil die Besitzer nach kurzer Zeit ihrer überdrüssig wurden. Die sogenannten Anlasskontrollen beim zuständigen Amt für Veterinär- und Lebensmittelaufsicht haben zugenommen.

Eine weitere Begründung zu den Anträgen erfolgt mündlich.

Mit besten Grüßen

Dr. Ina Walenda
 Umweltpolitische Sprecherin

SPD Kreistagsfraktion
 Rendsburg-Eckernförde
 Kaiserstraße 8
 24768 Rendsburg

Telefon
 0 43 31) 202360
 Fax:
 (0 43 31) 02530

E-Mail:
spd-fraktion@gmx.de
 Internet: www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion

Bankverbindung:
 Sparkasse Mittelholstein
 IBAN: DE22 214 500
 000 000 031 097

Vorsitzende
 Iris Ploog
 Am Heisch 3
 24594 Hohenwestedt

Telefon mobil
 0151 176 38 383
irisploog@gmail.com



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/180
- öffentlich -	Datum:	18.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Haushalt 2022: Antrag der SSW-Kreistagsfraktion zum Thema Haushaltstitel für die Arbeit des Beirats für Naturschutz beim Kreis		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-und Bauausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, in den Teilhaushalt 554101 (Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde) einen dauerhaften Titel für die Arbeit des Beirats für Naturschutz beim Kreis einzurichten. Hierfür werden 10.000 € im Haushalt 2022 bereitgestellt.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem Antrag.

Relevanz für den Klimaschutz: ./.

Finanzielle Auswirkungen: siehe Antrag

Anlage/n:

SSW Antrag UBA 18.11.21



SSW Kreistagsfraktion
Rendsburg - Eckernförde
Kreishaus, Kaiserstraße 8-10
24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden des Umwelt- und Bau-
Ausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde,
Herrn Reimer Tank

Sitzung des Umwelt-und Bauausschusses am 18.11.2021

Rendsburg, den 18.11.2021

Sehr geehrter Herr Tank,
die SSW-Fraktion stellt folgenden Antrag für den TOP 4 Haushalt 2022:

Der Umwelt-und Bauausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, in den Teilhaushalt 554101 (Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde) einen dauerhaften Titel für die Arbeit des Beirats für Naturschutz beim Kreis einzurichten.

Hierfür werden 10.000 € im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Begründung:

Für seine beratende Tätigkeit für die Naturschutzbehörde und den Landrat, aber auch des Bau- und Umweltausschusses des Kreises ist der Beirat mit einem eigenen Haushaltstitel auszustatten.

Der Beirat für Naturschutz ist mit 10 Mitgliedern besetzt, die eine hohe Kompetenz in den Sachgebieten Natur- und Landschaft, des Artenschutzes, der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sowie des Umwelt- und Klimaschutzes haben.

Der Beirat ist mit einem eigenen Budget auszustatten, um Tagungen, Arbeitskreise, Exkursionen und Fortbildungen dieses Gremiums im Kreisgebiet und auch über die Kreisgrenzen hinweg, durchzuführen. Hierbei möchten wir auf die Info des Landesnaturschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein (Anlage), aber auch der Sitzung des Beirates vom 25.06.2021 und das Gespräch der SSW-Fraktion mit dem Landrat am 13.07.2021 aufmerksam machen.



Mit freundlichen Grüßen

Godber Andresen,

SSW-Fraktion

Formanden i Miljø- og byggeudvalget i kredsens
Rendsborg-Egernförde, Reimer Tank

SSW Kredsgruppe
Rendsborg - Egernförde
Kreishaus, Kaiserstraße 8-10
24768 Rendsburg

Miljø- og byggeudvalget den 18.11.2021

Rendsborg, den 18.11.2021

Kære formand,

SSW-gruppen stiller følgende andragende til budgetforhandlingerne for 2022:

Udvalget anbefaler kredsgruppen at der årligt bliver indstillet 10.000 € i den såkaldte Teilhaushalt 554101 (Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde), for arbejdet i kredsens miljøbeskyttelsesråd.

Begrundelse:

Miljøbeskyttelsesrådet skal få 10.000 € for sit rådgivningsarbejde overfor Miljøbeskyttelsesmyndigheden og kommuneadministrationen. Rådet har 10 medlemmer, der hver især har kompetencer i fagområderne Miljø og landskab, artsbeskyttelse, land-, skov- og vandforvaltning, miljø- og klimabeskyttelse. Rådets eget budget skal bruges til gennemførelse af møder, arbejdsgrupper, udflugter og avanceret uddannelse i kredsområdet og andre steder.

Videre informationer kan fås i den vedhæftede information fra Slesvig-Holstens miljøbeskyttelsesrepræsentant.

Med venlig hilsen

Godber Andresen,

SSW-gruppen



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr:	VO/2021/090-002
- öffentlich -	Datum:	02.11.2021
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen FB 5 Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Bearbeiter/in:	Paetz, Helga
Verwendung des Jahresüberschusses 2020 der Förde Sparkasse		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Entfällt

2. Sachverhalt:

Der Verwaltungsrat der Förde Sparkasse hat in seiner Sitzung am 17. Juni 2021 beschlossen, gemäß § 27 Abs. 3 Sparkassengesetz den anteiligen Jahresüberschuss 2020 an den Zweckverband Förde Sparkasse abzuführen.

Die weitere Verteilung des Jahresüberschusses haben der Zweckverband Förde Sparkasse in seiner Sitzung am 17. Juni 2021 und der Zweckverband Sparkasse Rendsburg-Eckernförde in seiner Sitzung am 26. August 2021 beschlossen.

Für die Verteilung des ausgeschütteten Jahresüberschusses sind die Haftungsanteile der Verbandsmitglieder maßgeblich (§ 13 und § 3 Abs. 2 der Verbandssatzung).

Der an den Kreis auszuschüttende Betrag beträgt 61.363,57 €.

Dieser Betrag ist für öffentliche, mit dem gemeinnützigen Charakter der Sparkasse im Einklang stehende Zwecke zu verwenden.

Die Fachausschüsse werden gebeten, Vorschläge für die Verwendung des Jahresüberschusses 2020 zu entwickeln und dem Hauptausschuss bis zum 31. März 2022 zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Relevanz für den Klimaschutz: keine

Finanzielle Auswirkungen: keine

Anlagen: keine



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr: VO/2021/116
- öffentlich -	Datum: 28.10.2021
Fachbereich Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Ansprechpartner/in: Hetzel, Sebastian
	Bearbeiter/in: Hetzel, Sebastian
Klimaschutzmanagement: Anträge Klimaschutzfonds	
vorgesehene Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss
02.12.2021	Hauptausschuss
	Zuständigkeit
	Beratung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Umwelt und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, Mittel in Höhe von 43.990,92 Euro aus dem **Klimaschutzfonds** für den Antrag der Gemeinde Rieseby sowie Mittel in Höhe von 200.000 Euro für das Amt Hüttener Berge zu gewähren.
2. Der Hauptausschuss beschließt, Mittel in Höhe von 43.990,92 Euro aus dem **Klimaschutzfonds** für den Antrag der Gemeinde Rieseby sowie Mittel in Höhe von 200.000 Euro für das Amt Hüttener Berge zu gewähren.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Bei der Klimaschutzagentur des Kreises Rendsburg-Eckernförde sind Anträge der Gemeinde Rieseby und des Amtes Hüttener Berge für die Förderung aus dem Klimaschutzfonds des Kreises eingegangen und geprüft worden.

Die Gemeinde Rieseby plant, die bestehende Sporthalle energetisch zu sanieren. Die Drittmittelförderung besteht, ist jedoch nicht auf reine Klimaschutzmaßnahmen bezogen. Bewilligt wurde dort eine Förderung für die Gesamtbaumaßnahme. Im Antrag wurden deswegen diejenigen Maßnahmen und Kosten für eine energetische Sanierung herausgestellt, die über die gesetzlich geschuldeten Maßnahmen hinaus gehen.

Das Amt Hüttener Berge plant einen Erweiterungsbau am Standort Groß Wittensee. Das Gebäude wird als Effizienzgebäude nach KfW-40-Stand gebaut. Eine Drittmittelförderung ist zugesagt.

Die Klimaschutzagentur empfiehlt, den Anträgen zu entsprechen. Der Auszüge der Anträge sowie das Ergebnis der Prüfung durch die Klimaschutzagentur sind der Vorlage als Anlagen beigefügt.

Relevanz für den Klimaschutz:

Mit der Förderung von investiven Klimaschutzmaßnahmen wird ein Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen geleistet.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Förderung der beantragten Maßnahmen macht insgesamt 243.990,92 Euro aus.

Für die Förderung von investiven Klimaschutzmaßnahmen sind im Haushalt 2021 insgesamt 750.000 Euro vorgesehen. Zudem stehen übertragene Mittel aus dem Jahr 2020 in Höhe von 250.000 Euro zur Verfügung.

Bisher wurden 4 Anträge mit einem Volumen in Höhe von insgesamt 171.921,11 Euro bewilligt.

Soweit der Hauptausschuss die Anträge der Gemeinde Rieseby und des Amtes Hüttener Berge bewilligt, stehen für weitere Förderungen noch insgesamt 584.087,97 Euro im Jahr 2021 zur Verfügung.

Anlage/n:

1. Prüfvermerk der Klimaschutzagentur und Auszug Antrag der Gemeinde Rieseby
2. Prüfvermerk der Klimaschutzagentur und Auszug Antrag Amt Hüttener Berge

Marienthaler Straße 17
24340 Eckernförde

Mittwoch, 27. Oktober 2021

Klimaschutzfonds Sachstand zum Antrag der Gemeinde Rieseby

1. Sachverhalt

Zum Antrag der Gemeinde Rieseby vom Juli 2021 wurde nun eine detaillierte Gegenüberstellung der Kosten der Klimaschutzmaßnahmen zu gängigen Standardmaßnahmen sowie eine genauere Erläuterung der Sanierungsmaßnahmen nachgereicht. Die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH wurde vom UBA gebeten an die Gemeinde Rieseby mit der Bitte um diese Aufstellung heranzutreten (im Sinne der Nacharbeit im Falle des Antrags bzgl. der KiTa in der Gemeinde Schwedeneck), da das Vorhaben in Rieseby durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes (KInvFG II) im Rahmen des Programms „Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen“ gefördert wird und die Drittmittelförderung daher nicht den Klimaschutz zum Gegenstand hat.

Die bestehende Sporthalle soll ersetzt werden. Es fiel die Entscheidung für eine energetische Sanierung statt für einen Abriss und einen Neubau.

Die Wände werden als Mauerwerk mit Klinker gestaltet werden (statt WDVS in Polystyrolbasis), die Decke der Sporthalle wird aus gebundenen Holzwolllplatten bestehen (statt Gipskartonplatten). Zusätzlich soll auf dem Dach eine PV-Anlage installiert werden.

2. Empfehlung zum Antrag der Gemeinde Rieseby

Bei dem vorliegenden Projekt werden über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehende, vorbildliche und dem Klimaschutz dienende Maßnahmen umgesetzt. Es ist eine umfassende Zuarbeit durch die Antragstellerin erfolgt, um die Klimaschutzbemühungen zum Nachweis der Nachhaltigkeit bzw. der THG-Einsparungen vorzulegen, so dass eine Prüfung durch das Klimaschutzmanagement relativ geringe Kapazitäten in Anspruch nahm. Die Anstrengungen der Gemeinde sollten belohnt werden und anderen zum Vorbild dienen.

Die Tatsache der Sanierung statt des Abrisses und Neubaus ist an sich schon dem Klimaschutz dienlich. Auch die Kosten für die PV-Anlage sind vollumfänglich als Klimaschutz-Maßnahme anzurechnen. Für die Wand- sowie die Deckengestaltung wurde sich jeweils für hochwertigere, langlebigere und von den eingesetzten Rohstoffen her nachhaltigere Varianten gegenüber den Standardbaumaßnahmen entschieden. Die anfallenden höheren Kosten wurden in der angehängten Tabelle ausgewiesen.

Das Klimaschutzmanagement der Klimaschutzagentur empfiehlt daher, den Antrag aus der Gemeinde Rieseby in der beantragten Höhe von 43.990,92 € zu bewilligen.

Uz.
Dr. Kerrin Trimpler



Amt Schlei-Ostsee

Der Amtsdirektor
Bauen und Umwelt

Holm 13, 24340 Eckernförde

Tel.: (04351) 73 79 - 0

Auskunft erteilt: Herr Andresen

Durchwahl: (04351) 73 79 - 540

Telefax: (04351) 73 79 - 190

Zimmer: 222 - DG

E-Mail: jan.andresen@amt-schlei-ostsee.de

Mein Zeichen - ID

213.22 - JA - 839956

Eckernförde, 12.10.2021

Geänderter Antrag auf Förderung aus dem Klimaschutzfonds vom 12.10.2021 Beschreibung der Maßnahmen, die über eine Standardsanierung hinausgehen

Bezugnehmend auf den bereits gestellten Antrag auf Förderung aus dem Klimaschutzfonds aus Juli 2021 wird nunmehr in Abstimmung mit der Klimaschutzagentur ein geänderter, ergänzender und genauer auf klimasparende Bauweisen eingehender Antrag nachgereicht.

Wie schon im Urantrag beschrieben, handelt es sich bei der Sporthallenmaßnahme um die Sanierung eines Bestandsbauwerkes. Allein schon die Entscheidung, die Sporthalle zu sanieren, anstatt sie abzureißen und durch einen kompletten Neubau zu ersetzen, ist nicht zuletzt durch Argumente der Nachhaltigkeit zustande gekommen. In den Beratungen der Gemeinde wurden die Kosten einer Sanierung den Kosten eines Ersatzbaus gegenübergestellt. Tatsächlich wurde seinerzeit 2014 in einem Sanierungskonzept von Fachplanern aller Disziplinen ermittelt, dass ein Neubau nur ca. 30 % teurer werden würde. Der Abriss mit dem einhergehenden Energieaufwand, auch für die Aufbereitung der verschiedenen Abbruchbestandteile, um diese einer Verwertung zuführen zu können, wurde verworfen. Vielmehr wurde erkannt, dass der vorhandene Rohbau nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Ressourcenschonung erhalten bleiben sollte. Somit wurde 2020 beschlossen, die Halle zunächst zu entkernen und für die Sanierung vorzubereiten. Erhalten bleiben sollte die Gründung, die Sohle, die massiven Wände, das statische Tragwerk aus Stahlbeton und die Dachkonstruktion aus Spannbetonbalken und Trapezblechen.

Die Einsparung von CO₂ durch die Entscheidung, den Rohbau zu erhalten und damit auf einen Komplettabriss, die Aufbereitung des Abbruchmaterials und die Gesteuerung eines neuen Rohbaus zu verzichten, lässt sich leider nicht einfach quantifizieren. Eine CO₂-Einsparung in Tonnen zu benennen ist mit vertretbarem Aufwand nicht möglich.

Diese Entscheidung für das Belassen des Rohbaus und die Sanierung hat allerdings zur Folge, dass durch die vorgegebenen Formen und Abmaße der verbleibenden Bauteile die Auswahl von Baustoffen eingeschränkt ist. Beispielsweise gestatten die Rohbauhöhen keinen besonders stark aufragenden Fußbodenaufbau, so dass zwangsläufig eine hocheffiziente extrudierte Hartschaumfußbodendämmung statt einer dickeren mineralischen Dämmung zum Einsatz kommen muss. Das Dach muss als Flachdach mit einer Gefälledämmung ausgebildet werden, da die zum Tragsystem gehörenden Spannbetonbinder aus statischen Gründen erhalten werden müssen. Die Dächer der Nebenräume (Umkleiden, Geräteräume...) werden mit einer Alublecheindeckung versehen, weil die Geometrie der Pultdächer keine steilere Neigung zulässt und somit der Einsatz von Tondachziegeln als Naturbaustoff ausgeschlossen werden musste.

Kurzum kann bei einem Neubau sicherlich viel bewusster auf den Einsatz klimafreundlicher Baustoffe gesetzt werden, als es bei dieser Sanierung der Fall ist. Gleichwohl hat der Unterzeichner drei markante Bauteile in anliegender Tabelle herausgearbeitet, bei denen sehr wohl bewusst auf Standardbauweisen verzichtet wurde. Dabei handelt es sich um folgende Bauteile:

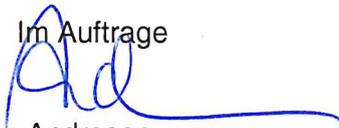
- Außenfassade, die zweischalig mit einer 180mm starken mineralischen Dämmung nebst eines Verblendsteins hergestellt wird. Diese Bauweise wurde bewusst der WDVS-Bauweise vorgezogen. Diese Entscheidung bedingt aber, dass neue Fundamente für die Auflagerung der Verblendsteinfassade hergestellt werden müssen.
- Sporthallendecke, die bewusst aus gebundenen Holzwolleplatten hergestellt wird.
- PV-Anlage für den Eigenstromverbrauch nebst eines Stromspeichers sowie einer Visualisierung über einen Monitor im Eingangsflur der Sporthalle.

Die Brutto-Mehrkosten für diese klimafreundlichen Entscheidungen der Gemeinde werden in beigefügter Tabelle hergeleitet und belaufen sich auf **146.636,39 €**.

Seitens des Drittmittelgebers wurden die gesamten Baukosten als förderfähig anerkannt. Das Ergebnis der Z-Bau-Prüfung liegt vor. Laut Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von investiven Maßnahmen zum Klimaschutz werden aus dem Klimaschutzfonds bis zu 30 % der vom Drittmittelgeber als förderfähig anerkannten Kosten als Zuschuss gewährt. Daher beantragt die Gemeinde Reiseby eine Förderung aus dem Klimaschutzfonds in Höhe von 30 % der oben berechneten 146.636,39 €, d.h. in Summe **43.990,92 €**.

Für eine wohlwollende Prüfung des Antrages wird sich im Vorwege bedankt. Schlussendlich würde sich die Gemeinde Rieseby freuen, wenn die Bemühungen zum Klimaschutz durch einen Zuschuss aus dem Klimaschutzfonds anerkannt werden.

Im Auftrage



-Andresen-



Antrag auf Förderung

Gemäß der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von investiven Maßnahmen im Klimaschutz

1. **Projekttitlel:** Sanierung Sporthalle Rieseby - PV-Anl. & energetische Sanierung -
2. **Antragsteller:**

Kommune / Einrichtung	Gemeinde Reiseby
Adresse:	Holm 13, 24340 Eckernförde
Ansprechpartner (Fachbereich, Abteilung):	Herr Andresen, Bauen&Umwelt

3. **Projektlaufzeit:** 2020 - 2022

4. **Projektkosten:**

Gesamtkosten:	3.524.500,00 €
Drittmittel:	1.000.000,00 €
Beantragte Fördersumme:	43.990,92 €

5. **Projektbeschreibung:**

5.1. Kurzbeschreibung (detaillierte Beschreibung ist als Anlage beizufügen):

In Rieseby soll bzw. wird die Sporthalle grundsaniert. Anlass dafür ist, dass der Wärmedämmstandard der Halle sowie der Standard der Stromverbraucher so schlecht ist, dass zu viel fossile Energie für den Betrieb aufgewendet werden muss.

5.2. Projektziele:

Als Ziele des Projektes können die Erhöhung des Gebrauchswertes und nicht zuletzt die nachhaltige Energie- und damit auch die CO₂-Einsparung genannt werden.

5.3. Zu erwartende CO₂-Reduktion: 10 to

Datum: 12.10.2021 Unterschrift:

Bitte fügen Sie folgende Unterlagen bei:

- Detaillierte Projektbeschreibung inkl. Berechnung des CO₂-Einsparpotenzials wenn möglich sowie ggfs. Skizzen, Fotos, Baupläne etc.
- Kosten- und Finanzierungsplan
- Zeitplan/Arbeitsplan
- Zuwendungsbewilligung Hauptfinanzierung (kann nachgereicht werden)

(Anm.: Als Unterlagen werden auch Kopien der beantragten Drittmittel anerkannt, soweit diese die gemäß Richtlinie erforderlichen Informationen enthalten.)

Energetische Sanierung der Sporthalle Rieseby 2021 / 2022

Kostengegenüberstellung für geänderten Förderantrag "Klimaschutzfonds"

Klimaschutzmaßnahme					Standardalternative			
---------------------	--	--	--	--	---------------------	--	--	--

Gruppe	Masse (qm)	Bauteilbeschreibung	Kosten (netto)	qm-Preis	Bauteilbeschreibung	qm-Preis	Kosten (netto)	Differenz
--------	------------	---------------------	----------------	----------	---------------------	----------	----------------	-----------

Wände	350	Mauerwerk mit Klinker	€ 78.009,14	€ 222,88	WDVS in Polystyrolbasis	€ 85,00	€ 29.750,00	€ 48.259,14
		dadurch bedingt ist der Bau von Fundamenten erforderlich	€ 7.557,68		Fundamente würden entfallen			€ 7.557,68

Decke	1010	Ballwurfsichere Sporthallendecke aus gebundenen Holzwolleplatten (ohne UK)	€ 48.187,10	€ 47,71	Ballwurfsichere Sporthallendecke aus Gipskartonplatten (ohne UK)	€ 25,00	€ 25.250,00	€ 22.937,10
-------	------	--	-------------	---------	--	---------	-------------	-------------

Gruppe	Masse (kWp)	Bauteilbeschreibung	Kosten (netto)	kWp-Preis	Bauteilbeschreibung	kWp-Preis	Kosten (netto)	Differenz
--------	-------------	---------------------	----------------	-----------	---------------------	-----------	----------------	-----------

Technik	10	PV-Anlage für den Eigenstromverbrauch mit Speicher und Visualisierung im Flur der Sporthalle	€ 25.673,08	2.567,31 €	Verzicht auf PV-Anlage			€ 25.673,08
---------	----	--	-------------	------------	------------------------	--	--	-------------

Summe Differenz KG 300 + 400 netto € 104.427,00

Honorar	anteiliges Honorar für Planung / Bauleitung mit 18 %						KG 700	€ 18.796,86
---------	--	--	--	--	--	--	--------	-------------

Summe Differenz gesamt netto € 123.223,86

Eckernförde, 12.10.2021

+ MwSt. 19 % € 23.412,53

-Andresen-

Summe Different gesamt brutto € 146.636,39

Marienthaler Straße 17
24340 Eckernförde

Mittwoch, 27. Oktober 2021

Klimaschutzfonds
Sachstand zum Antrag des Amtes Hüttener Berge

1. Sachverhalt

Das Amt Hüttner Berge hat am 27.10.2021 einen Antrag auf Förderung aus dem Klimaschutzfonds des Kreises gestellt. Bei dem Projekt handelt es sich um den Neubau eines energieeffizienten Verwaltungsgebäudes in Groß Wittensee. Das Vorhaben wird im Rahmen des Programms „Bundesförderung für effiziente Gebäude – Kommunen (464)“ gefördert. Der Fördersatz liegt bei 22,5 % für den Neubau und weiteren 50 % für die Fachplanung und Baubegleitung. Der Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers KfW liegt vor. Der Zuschuss der KfW beträgt insgesamt 737.100,00 € (Gesamtkosten des Vorhabens: 3.256.200,00 €). Laut des beauftragten Energieeffizienz-Fachunternehmens belaufen sich die CO₂eq-Einsparungen auf 93.128 kg pro Jahr.

2. Empfehlung zum Antrag des Amtes Hüttner Berge

Das Vorhaben des Amtes Hüttener Berge erfüllt die in der Richtlinie geforderten Zuwendungsvoraussetzungen in vollem Umfang. Die Richtlinie erlaubt eine Förderung von max. 200.000 €, die so vom Amt auch beantragt wurde. Die Klimaschutzagentur gGmbH empfiehlt daher die Bewilligung der beantragten Summe.

Uz.
Dr. Kerrin Trimpler



Antrag auf Förderung

Gemäß der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von investiven Maßnahmen im Klimaschutz

1. Projekttitle: Neubau eines energieeffizienten Verwaltungsgebäudes

2. Antragsteller:

Kommune / Einrichtung	Amt Hüttener Berge
Adresse:	Mühlenstraße 8 24361 Groß Wittensee
Ansprechpartner (Fachbereich, Abteilung):	FD II – Wirtschaft und Finanzen / Herr Philipp

3. Projektlaufzeit: 01.11.2021 – 31.03.2023

4. Projektkosten:

Gesamtkosten:	5.079.577,00 €
Drittmittel:	737.100,00 €
Beantragte Fördersumme:	200.000,00 €

5. Projektbeschreibung:

5.1. Kurzbeschreibung (detaillierte Beschreibung ist als Anlage beizufügen):

Das Amt Hüttener Berge wird den Verwaltungsstandort in Ascheffel aufgeben und die Verwaltung am zentralen Standort in Groß Wittensee zusammenführen. Zu diesem Zweck ist ein Erweiterungsbau erforderlich, das Effizienzgebäude wird nach KfW-40-Stand gebaut.

5.2. Projektziele:

Neubau eines nach einem vom BMI anerkannten und in der Förderrichtlinie zur „Bundesförderung für effiziente Gebäude – Nichtwohngebäude“ definierten Nachhaltigkeits-Bewertungssystem zertifizieren Energieeffizienzgebäudes.

5.3. Zu erwartende CO₂-Reduktion: 93.128 kg pro Jahr

Datum: 22.10.2021 Unterschrift:

Bitte fügen Sie folgende Unterlagen bei:

- Detaillierte Projektbeschreibung inkl. Berechnung des CO₂-Einsparpotenzials wenn möglich sowie ggfs. Skizzen, Fotos, Baupläne etc.
- Kosten- und Finanzierungsplan
- Zeitplan/Arbeitsplan
- Zuwendungsbewilligung Hauptfinanzierung (kann nachgereicht werden)

(Anm.: Als Unterlagen werden auch Kopien der beantragten Drittmittel anerkannt, soweit diese die gemäß Richtlinie erforderlichen Informationen enthalten.)



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr: VO/2021/162	
- öffentlich -	Datum: 11.11.2021	
Fachbereich Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Ansprechpartner/in: Hetzel, Sebastian	
	Bearbeiter/in: Hetzel, Sebastian	
Klimaschutzmanagement: Erstellung eines kreisweiten Wärmekatasters		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH mit der Erarbeitung eines kreisweiten Wärmekatasters zu beauftragen, welches systematisch Wärmequellen und Wärmesenken im Kreisgebiet erfasst und diese grafisch darstellt.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem Antrag.

Relevanz für den Klimaschutz:

Ein Wärmekataster stellt die Grundlage dafür dar, mit einer gezielten Wärmeplanung die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.

Finanzielle Auswirkungen:

50.000 Euro. Über den Haushaltsantrag wird im Rahmen der Haushaltsberatungen gesondert beraten.

Anlage/n:

Antrag der Fraktionen Bündnis 90 DIE GRÜNEN, CDU und SPD



Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Kreishaus
 24768 Rendsburg
 geschaeftsstelle@gruene-fraktion-rd-eck.de



CDU-Kreistagsfraktion
 Paradeplatz 10
 24768 Rendsburg
 info@cdu-rd-eck.de



SPD-Kreistagsfraktion
 Kreishaus
 24768 Rendsburg
 spd-fraktion@gmx.de

An den Vorsitzenden des Umwelt- und Bauausschuss
 des Kreises Rendsburg-Eckernförde
 Reimer Tank

Rendsburg, den 10.11.2021

Sitzung des Umwelt- und Bauausschuss am 18.11.2021
Antrag: Kreisweites Wärmekataster

Sehr geehrter Herr Tank

zu der Haushaltsberatung im Umwelt- und Bauausschuss beantragen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD:

Der Umwelt- und Bauausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH mit der Erarbeitung eines kreisweiten Wärmekatasters zu beauftragen, welches systematisch Wärmequellen und Wärmesenken im Kreisgebiet erfasst und diese grafisch darstellt.

Hierfür werden 50.000 € im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Begründung

Obwohl der Sektor Wärme für über 40% der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist, bleibt eine signifikante Reduzierung dieser Emissionen bisher aus. Um die Klimaschutzziele von EU, Bund und Land SH zu erreichen, müssen hier in den kommenden Jahren erhebliche Energie- und Treibhausgasreduzierungen erzielt werden. Dementsprechend wird das Land Schleswig-Holstein größere Kommunen (voraussichtlich Ober-, Mittel sowie Untere Zentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums) über die Novellierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes SH (EWKG) verpflichten, eine weitgehende Kälte- und Wärmeplanung zu veranlassen. Kommunen, die nicht in diese Kategorie fallen,

werden trotzdem angehalten, sich bereits jetzt mit dem Thema der klimafreundlichen Wärmeversorgung auseinanderzusetzen.

Besonders kleine Gemeinden im ländlichen Raum haben aber häufig weder personelle noch finanzielle Kapazitäten, um sich eingehend mit Klimaschutz im Allgemeinen und mit der Wärmeplanung im Speziellen zu beschäftigen.

Daher sollte auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein kreisweites Wärmekataster nach dem Vorbild des Kreises Plön als Dienstleistung für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden erstellt werden.

Ein Wärmekataster erfasst systematisch alle Wärmequellen und -senken im Kreisgebiet, stellt die Wärmebedarfe im gesamten Kreisgebiet dar und stellt weitergehende Informationen für eine eingehende Wärme- und Kälteplanung zur Verfügung. Dadurch erfasst das Kataster die Ist-Situation und soll unter anderem folgenden Sachverhalte/Örtlichkeiten grafisch darstellen:

- die Wärmebedarfe in den einzelnen Kommunen,
- den Bestand an öffentlichen Gebäuden (Schulen, Bäder, Krankenhäuser, etc.),
- Senioren-, Pflege- und Altersheime,
- Biogasanlagen,
- Windkraftanlagen,
- bestehende Wärmenetze,
- Unternehmen mit hohem Wärmebedarf,
- Unternehmen mit Abwärmepotenzial,

Ein Großteil der notwendigen Datensätze liegt bereits an unterschiedlichen Stellen vor und kann leicht zur Erstellung des Wärmekatasters genutzt werden. Durch die Erfassung und Verarbeitung dieser Daten zu einem Kataster mit grafischer Darstellung, wird den Städten und Gemeinden eine umfassende Grundlage zur weiteren Wärmeplanung bereitgestellt, was eine erhebliche Arbeitsentlastung für die Kommunen bedeutet. Auf dieser Grundlage können die Ämter, Städte und Gemeinden (ggf. mit Unterstützung der Klimaschutzagentur) alle weiteren Schritte zum Aufbau einer klimafreundlichen Wärmeversorgung planen und einleiten.

Ein Wärmekataster stellt somit den ersten notwendigen Schritt für eine zielführende und zukünftig für einige Kommunen verpflichtende Wärme- und Kälteplanung dar.

Um das kreisweite Wärmekataster erstellen zu lassen, stellt der Kreistag 50.000€ im Haushalt 2022 bereit, die weitere Finanzierung soll durch Eigenmittel der Klimaschutzagentur erfolgen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde beauftragt die Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH mit der Erstellung des Katasters. Um das Projekt für den Kreis Rendsburg-Eckernförde möglichst kosteneffizient umzusetzen, wird die Klimaschutzagentur darum gebeten zu prüfen, ob Fördermittel beantragt werden können und diese entsprechend einzuwerben.

Mit freundlichen Grüßen,

Christine von Milczewski und Lukas Strathmann
Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Iris Ploog
SPD Fraktion